

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Redaktion: Breslau I, Nikolaistr. 49/50. — Tel. Ring 8887.

Annoncen-Expedition: Breslau 2, Gottschalkstraße 13.
Telefon für Inserate: Ring Nr. 8120 und Dyle Nr. 1169.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Nachträger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Verlagsnummer: Nr. 22886
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Abzugsspreise: Die 8spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk., anstandslos 0,90 Mk.
Stich- und Nachdruckgebühren, Druck- und Anzeigengebühren, Brief- und Postgebühren 0,40 Mk.
Verlagsnummer: Die Millimeterzeile, dreispaltig über deren Raum, im Text 3.—Mk.

Der Streik der Breslauer Gemeindearbeiter.

Gestern früh traten die städtischen Arbeiter in den Streik. Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke wurden stillgelegt. Die Straßenbahnen mußten die Wagen auf freier Strecke stehen lassen. Auch die Markt- und Arbeiterlegten die Arbeit nieder. Die Beamten und Angestellten beteiligten sich nicht am Streik. Ueber die Vorgeschichte des Streiks berichtet das städtische Presseamt:

Nach Tage nach Abschluß des Tarifvertrages war die städtische Arbeiterkammer mit der Forderung an den Magistrat herangetreten, ihre eine Feuerungszulage von 70 Pf. für die Stunde zu bewilligen und diese damit begründet, daß seit dem 1. Oktober — dem Tarifvertrage sind die Preisverhältnisse des September zu Grunde gelegt — eine so erhebliche Steigerung aller Preise eingetreten sei, daß sie mit den tariflich festgesetzten Löhnen nicht auszukommen vermöge. Nachdem die Verhandlungen der Beteiligten untereinander zu einem Ergebnis nicht geführt hatten, der Magistrat vielmehr erklärt hatte, die erforderlichen Mittel nicht aufbringen zu können, erging auf Antrag der Arbeiterkammer ein Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung der Stundenlöhne um durchschnittlich 15 bis 30 Pf. vorsah. Der Magistrat lehnte diesen Vergleichsvorschlag ab, weil er Zugeständnisse auf dieser Grundlage, d. h. eben eines Vorschlages und nicht eines Erkenntnisses, nicht rechtfertigen zu können meinte. Der Schlichtungsausschuß, der hierauf nochmals zusammentrat, erklärte sich in seiner Sitzung am Sonnabend für unzuständig, ein solches Erkenntnis auszusprechen und verweist die Angelegenheit an die tariflich vorgegebene, für beide Teile bindende Instanz, die örtliche Schlichtungsstelle für Arbeiter-Tariffragen. Diese tagte am Montag von 4 bis 8^{1/2} Uhr abends, gelangte jedoch zu keinem Ergebnis, da keiner der dort gemachten Vorschläge eine Mehrheit der Anwesenden erhielt. Der Vorsitzende erklärte die Verhandlungen für geschlossen, die Teilnehmer an der Sitzung gingen auseinander.

Der Streik der Arbeiter ist völlig berechtigt. Die gestiegenen Preise verlangen höhere Löhne, sollen die Arbeiter nicht vollends zu Grunde gehen. Der Magistrat, in dem bekanntlich die Rechtssozialisten vertreten sind, lehnt jede Bewilligung ab. Der Schlichtungsausschuß drückt sich. Sollen sich die Arbeiter mit Ablehnungen und Ausflüchten zufrieden geben? Sie treten in den Streik, sie wandten das proletarische Kampfmittel an: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Der Macht der Bourgeoisie und ihrer Lakaien, der Rechtssozialisten, die Macht der Arbeiter. — Aber die städtischen Arbeiter und die Beamten, die Angestellten mögen erkennen, daß selbst bewilligte Lohnerhöhungen kein Mittel sind, um aus dem Elend herauszukommen. Bald haben neue Preissteigerungen die Lohnausbesserung gänzlich illusorisch gemacht. Nur der Sturz des kapitalistischen Systems führt aus dem Chaos, in dem jetzt das deutsche Proletariat steckt. Gemeindearbeiter aufgepaßt!

Der Rote-Sozialistisch-demokratische Magistrat gegen die städtischen Arbeiter.

Offiziell wird gemeldet: Der Magistrat befahte sich mit der durch den Streik der Arbeiterkammer geschaffenen Lage. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß die Gemeindearbeiter sich nicht nur eines Tarifbruches, sondern auch eines Verstoßes

gegen die Verordnung des Reichspräsidenten schuldig gemacht haben, die bekanntlich für lebenswichtige Betriebe eine vorherige Bekanntgabe der Arbeitseinstellung vorschreibt. Ferner wurde im Laufe der Sitzung bekannt, daß die städtischen Arbeiter auch den Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von ihrem Vorhaben nicht in Kenntnis gesetzt haben, so daß dieser den Zustand nur als einen „wilden“ betrachten kann, dem er seine Unterstützung versagen muß. Von dieser Sachlage sowie ferner davon ausgehend, daß die Gemeindearbeiter durch ihr Verhalten die Stadt in eine schwere Notlage versetzt haben, beschloß der Magistrat in Uebereinstimmung aller in ihm vertretenen Parteien von der städtischen Arbeiterkammer der Gas- und der Elektrizitätswerte zu fordern, daß sie mit der Nachmittags- und um 2 Uhr wieder in die Betriebe zurückkehren, widrigenfalls die technische Nothilfe einzusetzen wäre.

Im Wasserwerk war, nachdem in den frühen Morgenstunden der Betrieb von der Beamtenschaft aufrechterhalten worden war, die Technische Nothilfe bereits vorher eingerückt.

Vorläufig beschloß der Magistrat ebenso einstimmig, jeden Arbeiter, der bis Mittwoch 12 Uhr die Arbeit nicht wieder aufnimmt, als entlassen zu betrachten. Bald nachdem diese Beschlüsse gefaßt worden waren, meldete sich eine Abordnung der Gemeindearbeiter, um den Magistrat um eine Unterredung zu bitten. Diese fand denn auch alsbald statt, verlief jedoch nach etwa 15minütiger Dauer ergebnislos, da die Vertreter der Arbeiter den Standpunkt des Magistrats nicht anerkannten und nach längerem Hin und Her ohne eine bestimmte Erklärung abzugeben, kurzerhand den Sitzungssaal verließen.

Der Magistrat, mit den Rotesozialisten (Stadttrat Neukirch!) an der Spitze, will also die Gemeindearbeiter mit den schärfsten Mitteln „zur Reife bringen“. Streikverbot des Sozialverrätters Ebert, technische Nothilfe, Entlassung — das sind seine Drohungen, seine Waffen. Wohlgerichtet, die Rotespartei dabei an der Spitze — gegen die freitenden, um bessere Existenz kämpfenden Gemeindearbeiter. Wird sich die Arbeiterschaft diesen erbärmlichen, aber üblichen Verrat der S. P. D. merken und alle Konsequenzen daraus ziehen? Wird sie ferner die Bogen des A. D. G. D. zum Leibel jagen, die sich wie üblich gegen den Streik wenden und der Arbeiterschaft in den Rücken fallen!

Arbeiter!

Der Kampf um eure Existenz muß sich gegen die Bourgeoisie, aber ebenso energisch gegen die S. P. D. und die Bogen des A. D. G. D. wenden. Sonst geht Ihr unter. Infolge des Streiks mußten viele gewerblichen Betriebe, die auf städtischen Strom angewiesen sind, schließen. Auch die Arbeiter im Stadthafen haben die Arbeit niedergelegt.

Bereinigten Staaten vertritt, auszuweisen. Die Maßnahme wird begründet mit der Angabe, daß Martens einer geheimen Organisation angehöre, die den Sturz der jetzigen amerikanischen Regierung mit Gewalt anstrebe.

Ob die amerikanische Bourgeoisie glaubt, mit solchen Gewaltmaßnahmen den Kommunismus bekämpfen zu können? Viel Vergnügen zum Werte!

Die Lohndrücker für das französische Proletariat.

„Rosa Wien.“ Die Zahl der von den Polen Entlassenen beträgt laut offiziellen Angaben 50 000, davon 20 000 Soldaten, 15 000 Peremyslins und 15 000 Balachowitschs. Infolge des Lebensmittelmangels bereitet ihre Ernährung der polnischen Regierung Schwierigkeiten. Deswegen hat sich die polnische Regierung an Frankreich gewendet, damit diese die Soldaten für die Arbeiten des Wiederaufbaus verwende. Eine Menge Flüchtlinge, insbesondere Juden, wollen nach Amerika auswandern. Das amerikanische Konsulat weigert sich aber mit aller Entschiedenheit, die Einwanderung nach Amerika zu gestatten.

Bladiwofstot schießt sich der Republik des Fernen Ostens an.

„Rosa Wien.“ Aus Bladiwofstot wird gemeldet: Die konstituierende Versammlung von Bladiwofstot beschloß am 5. Dezember, die Republik des Fernen Ostens von Tschita als die legale Regierung des ganzen russischen Fernen Ostens anzuerkennen. Bladiwofstot ist bisher nicht bolschewistisch gewesen.

Deutsche Arbeiter nach Sowjetrußland.

In der nächsten Zeit verläßt ein Transport deutscher Arbeiter Stettin, um sich nach Sowjetrußland zu begeben. Es sind meist hochqualifizierte Metallarbeiter. Sie werden im Moskauer Industriebezirk verwendet werden.

Streik — Kündigung.

Der Straßenbahnenstreik in Kassel dauert an. Die Leitung der großen Kasseler Straßenbahn hat sämtlichen streikenden Angestellten gekündigt. — Das ist das Resultat des Streikrechts in der Praxis. Der streik, sich wehrt — fliegt auf die Straße.

Wie aus Zwickau gemeldet wird, sind auf Grund des Schiedsspruches, der am Sonnabend gefällt worden ist, die Belegschaften des Steinkohlenreviers von Zwickau und Lugau-Delsitz wieder angefahren. Der Streik hat elf Tage gedauert.

Der Heuler betätigt sich.

L. W. meldet: Am letzten Sonntag sind im Russenlager Soldat in der Simeburger Heide Unruhen entstanden. Die dort Internierten stellten der Lagerverwaltung die Forderung, einen in Haft befindlichen Kameraden, welcher der Staatsanwaltschaft überführt werden sollte, sofort freizulassen. Auf Anordnung des Oberpräsidenten Roske wurden zwei Hundertschaften der Schutzpolizei Hannover in der Nacht im Sonderzug nach Soltau beordert. Die Ruhe im Lager ist wieder hergestellt. — Roske konnte also wiederum in seinem Elemente sein.

Die Wanderschaften.

Der Weltbund „Reitet die Ehre“, der im vergangenen Jahre über Nacht erlosch und dessen erste Stützpunkt darin bestand, daß er sich schuldig vor die Verdächtige des Weltkrieges stellte, kämpft sich in letzter Zeit auch wieder. Der Leit der Drisgruppe Bremen, Dampftrichter Hartwich, versendet angeblich „30 Heimpare“ an die Presse mit der Bitte, diese in hervorgehobenem Druck „in monatlicher Wiederkehr“ zu veröffentlichen. Von wem diese historische und stilvolle Wert diese „Heimpare“ sind, zeigt schon eine einzig herausgegriffene Probe: „Der Friedensvertrag ist das nur und Sohn; Darum fordert und fordert die Revision!“ „Weißt Du, wer das größte Raubtier ist, Ob Frankreich oder der Bolschewik?“ Da kann daraus ersehen, zu welchem Heimpare dieser Dampftrichter das Testament erst umfassen mag.

Politische Uebersicht.

Neue Konflikte.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Der mit Polen abgeschlossene Waffenstillstand scheint zuverlässigen Meldungen aus Wilna zufolge von neuem gefährdet zu sein. In den letzten Tagen wehren sich die in Wilna ankommenden Militärtransporte mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Lebensmitteln. Man erwartet eine neue polnische Offensive und zwar von Seiten des bisherigen Generalstabschefs Religowski, des Obersten Bobicki. Da nämlich Religowski sich der polnischen Regierung offiziell unterstellt hat, ist seinerseits ein neues Unternehmen nicht angängig. Andererseits würde ein neuer fingierter Aufstand des Obersten Bobicki die für Polen nicht sehr günstig geregelte Wilnaer Frage wieder ins Rollen bringen und die Entsendung von interalliierten Truppen als unabwendbar erscheinen lassen.

In der neutralen Zone häufen sich die polnischen Ueberfälle auf friedliche Bewohner. Die litauischen Grenztruppen haben mehrfach sogar Angriffe auf ihre Stellungen auszuweichen müssen, was polnischerseits als Bruch des Waffen-

stillstandes ausgelegt worden ist. Aus allem erhellt, daß Polen nicht im Ernst gewillt ist, die Abmachungen mit Litauen zu achten, sondern mit allen Mitteln seine Anreizpolitik fortzusetzen bemüht ist.

Die Ernährungskrise in Polen.

„Rosa Wien.“ Die polnische Ernährungsfrage steht laut polnischen Zeitungsberichten vor einer Katastrophe, da Rumänien seine Grenzen gesperrt und die Ausfuhr von Getreide und Mehl verboten hat, so daß der Abtransport der 15 000 Waggons Getreide, die Polen in Rumänien angekauft hat, nicht von statten geht.

Ein Antistreichgesetz in Amerika.

Der amerikanische Staat hat ein Gesetz angenommen, das die Streiks untersagt und verbietet, die eine Lahmlegung des Handels und der Industrie zur Folge haben könnten. — Ebert macht also Schule überall! — — — Gleichzeitig hat die amerikanische Regierung beschlossen, den Russen Martens, der die Sowjetregierung in den

Alle diese Elemente verbindet das gemeinsame Interesse, den feudalen Staat zu zerschlagen, was sich so recht ausdrückt in dem vernehmlichen Lösungswort: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Von dem in der Entwicklung begriffenen Proletariat wurde dies Lösungswort in dem Sinne verstanden, daß sie eine Gesellschaftsform wollten, die ihnen ihre Existenz gewährleistete. Die Kleinbürger träumten von der Zeit, da das Handwerk einen goldenen Boden gehabt hatte. Die Bourgeoisie verstand darunter das historische Mögliche, die Umwandlung des gebundenen feudalen Eigentums in das bewegliche kapitalistische Eigentum, die Umwandlung des Hörigen in den modernen Lohnarbeiter. So änderte sich nur die Form der Ausbeutung und zwar geschah dies unter furchtbaren Leiden für die neue ausgebeutete Klasse, das Proletariat, das zu Tausenden und Hunderten zugrunde ging. Aus Friedrich Engels "Lage der arbeitenden Klassen" wissen wir, daß damals die Proletarier 14 und 16 Stunden arbeiten mußten bei Löhnen, die nicht einmal zum Leben ausreichten. Vier- und fünfjährige Kinder waren neben den Frauen tätig. Die Proletarier rebellierten gegen diese Elendszustände mit denselben Mitteln, mit denen sie in der bürgerlichen Revolution gekämpft hatten: durch offene Revolten, Straßenschlachten und Vernichtung von Maschinen, in denen sie als der materiellen Grundlage der neuen Produktionsweise ihren Feind erblickten. Ab und zu auch erschlugen sie einen einzelnen Ausbeuter, wenn er es zu hant trieb. Alle diese Kämpfe wurden von der neuen, kapitalistischen Staatsmacht mit Hilfe ihrer neuen Militärmacht niedergeschlagen und trugen so nur zur Verschärfung der Not der Arbeiter bei. Erst allmählich bildete sich der Gedanke des wirtschaftlichen Kampfes heraus, der die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung wurde. Die Arbeiter begannen auf Erzählungen hin, die oft gar keine reale Grundlage hatten, von ihrer Arbeit fortzulassen, um besser bezahlte Arbeit zu suchen. Dagegen konnten die Unternehmer die Staatsmacht nicht aufbieten und sie waren so gezwungen, um hoch qualifizierte Arbeiter nicht zu verlieren, ihnen kleine Verbesserungen zukommen zu lassen. Es stellte sich allmählich heraus, daß die Arbeitsverweigerung das wirksamste Mittel der Arbeiter im Kampfe gegen die Unternehmer ist. Aus dem ersten Chaos der wirtschaftlichen Kämpfe entwickelte sich der Gedanke, Streiks systematisch vorzubereiten. Es wurde Geld gesammelt, um sie zu finanzieren. Dann kamen Streikvereine auf, die regelmäßig für die Unterstützung von Streiks Beiträge sammelten. Ich kann hier die Entwicklung nur andeuten. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht eine millionenweise Auswanderung, besonders nach Amerika. So wurde der Arbeitsmarkt allmählich reguliert. Die Unternehmer waren auch selbst noch schwach, sie schnappten einander die Arbeiter weg, sie riskierten oft die Zerstörung ihres ganzen Betriebes. So begannen sich allmählich auch die Unternehmer zusammenzuschließen, um die Wirkungen der Streiks auf die gesamte Kapitalistenklasse zu übertragen. Hier muß man auf einen wichtigen Unterschied aufmerksam machen. Der Sklavenbesitzer ist gezwungen, den Sklaven, da er ihm gehört, auch zu erhalten, wenn er ihn nicht unmittelbar braucht. Beim Lohnarbeiter ist das anders. Er gehört nicht dem einzelnen Kapitalisten, sondern der Kapitalistenklasse. Die Kapitalistenklasse hat kein Interesse an der Erhaltung einzelner oder überflüssiger Arbeiter. Dem Ausspruch des Professors von Gruber, daß in Deutschland 15 Millionen Menschen sterben müßten, liegt kein neuer Gesichtspunkt zugrunde. (Fortsetzung folgt.)

Alle Auskünfte, Bestellungen auf das Material, Mäher, Wälder, Karten über den weißen Terror in Ungarn, sowie alle Spenden sind, soweit keine andere Adresse bekannt, zu richten an:
Verlag Junge Garde, Berlin S., Stralauer Str. 12 (für Ungarn).

Ortho-Ungarn.
2260 Opfer eines einzigen Henkers.
In einer Aussprache mit einem bürgerlichen Rebellentum des "Pesti Hirlap", Stefan Lazar, sagte der Henker Alexander Ohry, daß er während seiner bisherigen Tätigkeit 2260 Menschen aufgehängt hat, die alle wegen Hochverrats verurteilt waren. Ein Teil der Opfer des staatlichen Massenmörders starb während des Krieges durch Michterspruch der österreichisch-ungarischen Kriegesgerichte. Der weitaus größte Teil aber sind Genossen und Genossinnen, die nach Sturz der Räte-diktatur in Ortho-Ungarn von diesem Alexander zum Galgen geführt wurden.

Tausende von den Opfern schwachten heute in den ungarischen Zuchthäusern und Hunderten von ihnen droht das gleiche Schicksal, das dieser Alexander schon 2260 Menschen bereitet hat.

Arbeiter, Genossen! Den Schrei der Eingelerkten müßt Ihr hören. Der Ausschrei der ungarischen Partei nach Hilfe und Rettung der Unglücklichen kann nicht ungehört verhallen.

Unterstützt tatkräftig die Aktion der Kommunistischen Jugendinternationale als ersten Schritt zur Linderung und zur späteren Befreiung der Opfer!

Das Massenelend in Budapest.
I. J. K. Die Budapestener Tageszeitung "Az Ujsag" erfährt aus offizieller Quelle, daß die Zahl der Arbeitslosen in Budapest ungefähr 160 000 beträgt, wozu noch die Angehörigen der Kriegsinvaliden, die Kriegswitwen und die Frauen der noch in Rußland zurückgebliebenen Kriegsgefangenen hinzuzurechnen sind.

Die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken beträgt 30 000. In Budapest sind daher gegenwärtig 240 000 Menschen, die nicht wissen, wovon sie leben sollen. Und wenn wir noch ihre Angehörigen dazu rechnen und diese Zahl nur mit zwei multiplizieren, so haben wir 500 000 Menschen, die ohne Arbeit und Auskommen ein armseliges Leben im entsetzlichen Elend fristen.

Die von der Kommunistischen Jugendinternationale unternommene Hilfsaktion für die hungernden und frierenden Gefangenen in den ungarischen Gefängnissen und Zuchthäusern sollte soviel zeitigen, daß auch diesen Opfern der Wirtschaft der Ortho-Regierung wenigstens zum Teil geholfen werden kann.

Arbeiter, Genossen! Helft! Unterstützt die Hilfsaktion der Kommunistischen Jugendinternationale für das sterbende ungarische Proletariat!

Die Wahlen in Estland.
Die Wahlen zum estnischen Parlament haben folgende Ergebnisse gezeitigt: Reform-Partei 22 Abgeordnete, Agrarier 21, Volksparteier 10, Christliche Partei 7 Abgeordnete. Ferner wurden gewählt: 18 Sozialdemokraten, 11 Unabhängige Sozialisten, 5 Volkswitwen, 4 Balten, 1 Russe und 1 Mitglied der wirtschaftlichen Vereinigung.

Sowjetrußlands Friedensbemühungen.
Tschitscherin richtete an den rumänischen Minister des Auswärtigen eine Note mit dem Ersuchen, Ort und Datum einer Konferenz vorzuschlagen, die sich mit der Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Rumänien beschäftigen soll.

Kapitalistische Wirtschaft.

Deutschlands wirtschaftliche Lage im November.
(Fortsetzung.)

Der Eisen- und Stahlmarkt. Das Auslandsgeschäft ist lebhafter gewesen. Der Tiefstand der Markt wurde von den ausländischen Verbrauchern ausgenutzt, um deutsche Eisenprodukte hereinzubekommen. Namentlich nach Fein- und Grobblechen, Röhren und Walzdraht herrschte reger Nachfrage.

In der Kleineisenindustrie hatte sich gegen Ende Oktober eine kleine Besserung bemerkbar gemacht, von der fast alle Zweige berührt wurden; sie war aber nur vorübergehend, denn bereits in der ersten Novemberhälfte sankte die Geschäftstätigkeit wieder ab. Abbestellungen, namentlich seitens der ausländischen Rumpfabrik, mehrten sich. Sie wurden teils mit zu hohen Preisen, teils mit Ueberschreitung der Lieferfristen begründet.

In der metallverarbeitenden Industrie hindert unzureichende Rohstofflieferung noch immer zahlreiche Werke an ihrer vollen Leistung, obwohl die Nachfrage nach den Erzeugnissen in diesem und jenem Zweig merklich zugenommen hat. Einige der besonders in Not gewesenen Industriezweige, z. B. die Landwirtschaftsmaschinenindustrie, haben eine Besserung ihrer Absatzmöglichkeit zu verzeichnen, insbesondere auch durch Aufträge für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. In der Fahrzeugindustrie ist die Lage noch immer schwierig, bescheiden in der Feinmechanik und bei den Flugzeugs- und Bootswerken.

In der spitzigen Industrie ist die Nachfrage noch immer gering und die Ausfuhr mäßig. Die Werke arbeiten mit beschränkter Zeit und rechnen, um nur diese auszuführen, auf staatliche Aufträge für die Wiedergutmachung.

In der photographischen Industrie zeigen sich nur Anfänge eines Wertschlags. Einige technische Neubereitungen bringen immerhin eine leichte Belebung. Eine Besserung der Geschäftslage ist in der sächsischen Kamera-industrie durch die Wiederaufnahme früherer Auslandsbeziehungen zu erwarten. Die Lage der deutschen Kamera-

plattenindustrie hat sich gegen die Vormonate nicht wesentlich geändert. Durch das Vorgehen der Glasfabrikanten, welche die Preise für Trockenplatten um einige Prozent heruntergesetzt haben, beeinflusst, haben auch die deutschen Trockenplattenfabrikanten ihre Preise mit Wirkung vom 20. November um 12 1/2 v. H. ermäßigt. Nur durch große Auslandslieferungen war jedoch die deutsche Industrie in der Lage, diese niedrigen Preise durchzuhalten.

Die Lage der feinsten industriellen Industrie hat sich etwas gebessert. Der Zelandmarkt ist auswärts des Weihnachtseffektes lebhafter, wegen der Watten- und Raschelwebindustrie nach wie vor unter einer empfindlichen Absatzrückung zu leiden hat. Auch hier ist das Fehlen der Markt dem Auslandsgeschäft zugute. Die einzelnen Werke kagen über die schlechte Beschaffenheit der Kohle, die zum Teil in unbrauchbaren Sorten geliefert wird.

In der Pianoforteindustrie ist die Lage schlecht. Der Verkehr im Inland steckt vollständig und der schlechte Geschäftsgang macht sich insofern stark bemerkbar, als in der jetzigen Zeit der Hochkonjunktur überhaupt keine Aufträge erteilt wurden. Die hohe Zugsteuer verteuert die Fabrikate derart, daß die Kreise, die hauptsächlich als Abnehmer in Frage kommen, nicht imstande sind, die heutigen Preise anzulegen. Das Auslandsgeschäft ist mäßig. Die Fabriken, die fast ausschließlich für den Auslandsbedarf arbeiten, sind einigermaßen beschäftigt. (Fortsetzung folgt.)

Stinnes fordert.
Die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone hatten bereits vor einigen Wochen die Heraufsetzung des Kohlenpreises zum 1. Dezember beim Reichswirtschaftsministerium beantragt. Das Ministerium hat die Erhöhung abgelehnt. Nunmehr hat eine Mitgliederversammlung des Syndikats am 14. Dezember beschlossen, zum 1. Januar einen neuen Antrag einzubringen.

Die Herren wissen, daß sich die Regierung ihren Wünschen nicht dauernd widersetzen können, ist sie doch tatsächlich nichts anderes als eine Waffe in der Hand der Stinnes und Konsorten zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Es sind also alle Aussichten für eine weitere Kohlenpreiserhöhung und damit für eine Preissteigerung aller Industrieprodukte für eine weitere Verschärfung des proletarischen Elends gegeben.

Das interkonfessionelle Kapital.
Die Handelspresse teilt mit, daß in Hamburg ein großes Bankunternehmen errichtet werde, an dessen Spitze Herr Wilhelm Cohn, von der Firma Carlebach & Co., steht. Zweiter Direktor soll Staatssekretär Noeke aus dem Reichsfinanzministerium werden. Der Leitung des Unternehmens ständen außerdem nahe der Abgeordnete Erzhberger, der frühere Abgeordnete von Nischthofen, während der Abgeordnete Stuhmann, der Geschäftsführer der Kriegesgesellschaft für deutsche Reedereien, den Vorsitz des Aufsichtsrats übernehmen dürfte. Es seien besonders die Gelder katholischer Stiftungen an dem neuen Unternehmen beteiligt.

Wir sehen also aufs neue, wie der Name Cohn kein Hindernis für die Betätigung des in katholischen Händen befindlichen Kapitals darstellt und daß die Kapitalisten keine konfessionellen oder politischen Schranken kennen, wenn es sich darum handelt, Geschäfte zu machen.

Internationale.

Die internationale Hilfsaktion der Kommunistischen Jugendinternationale für das ungarische Proletariat.

Der Ruf der Kommunistischen Jugendinternationale an das internationale Proletariat, den schwerleidenden, frierenden und hungernden Arbeitern in den Gefängnissen und Kerker Ortho-Ungarns zu helfen, ist trotz der Schwierigkeiten und Hürden, in denen heute die Arbeiterschaft fast jeden Landes steht, nicht vergebens erhoben worden. In fast allen Ländern, in Schweden, Norwegen, Dänemark, Luxemburg, Deutschland, Italien, in der Schweiz und anderen Ländern haben die kommunistischen Jugendorganisationen sofort nationale Hilfskomitees mit einer Reihe lokaler Komitees und Sammelstellen geschaffen. Aber auch von weiteren Kreisen der revolutionären Arbeiter ist der Ruf gehört worden. In der Schweiz hat die Geschäftsleitung der Partei beschlossen, sofort eine große umfassende Aktion einzuleiten. In Frankreich haben revolutionäre kommunistische Gruppen das gleiche bereits getan. Die italienische Jugendorganisation hatte bereits früher in Gemeinschaft mit der Partei und den Gewerkschaften eine größere Aktion für Ungarn eingeleitet; die Erträge dieser Sammlungen konnten bisher wegen Verkehrs-schwierigkeiten den ungarischen Genossen noch nicht zugeführt werden. Das internationale Hilfskomitee wird mit Unterstützung des für die Verteilung bestimmten Gewerkschaftskomitees mit dem übrigen Goben auch diese Spenden möglichst bald den ungarischen Genossen übersenden. Es handelt sich um mehrere Waggons Kleidung, Schuhe und Schuhe. In Schweden führen die Jugendlichen die Aktion gemeinschaftlich mit der Partei durch. Die internationale Leitung der gesamten Aktion, die in den nächsten Wochen noch umfassender und breiter gestaltet werden soll, liegt in den Händen eines internationalen Zentralkomitees, das dem C. K. der Kommunistischen Jugendinternationale angegliedert ist und welches aus einem Vertreter der Kommunistischen Internationale, einem Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale, einem Vertreter der ungarischen Kommunistischen Partei und einem Vertreter des ungarischen kommunistischen Jugendverbandes gebildet wird. Das Komitee ist mit dem Zweck an die Leitung der englischen, französischen und spanischen Gewerkschaften gelangt, die Verteilung der gesammelten Spenden vorzunehmen.

Rätenachrichten.

Vom Betriebsbilanzgesetz.

Der Reichswirtschaftsrat der Stinnesregierung hat in zweiter Lesung über das Betriebsbilanzgesetz beschlossen oder vielmehr er hat die Wünsche seiner Mehrheit der Regierung und dem Parlament unterbreitet. Der Reichswirtschaftsrat ist arbeitgemeinschaftlich zusammengesetzt, die Gruppen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sitzen sich paritätisch gegenüber und hinzu kommt eine dritte Gruppe der freien Berufe, die abwechselnd der einen oder der anderen Gruppe zur Mehrheit verhilft. Nicht wechselnd aber, sondern sehr konstant ist die Haltung der Stinnesregierung zu den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats, die mit Rücksicht auf einen für das Kapital nicht ganz zuverlässige Mehrheit nur den Wert von "Entscheiden" haben: Sie veranlaßt ausschließlich das votum der Unternehmergruppe, gleichgültig, ob eine Mehrheit oder eine Minorität dahintersteht. So täuscht man den Arbeitern ein "Mitbestimmungsrecht" vor und tritt tatsächlich ihre Interessen mit Füßen.

Zur zweiten Lesung des Betriebsbilanzgesetzes hatten nun die Arbeitnehmer einen Antrag eingebracht, der die härtesten Vorbedingungen enthält, um den Arbeitern durch die Bilanzinsicht einen Einblick in den Geschäftsgang zu geben. Dieser Antrag wurde von den Arbeitgebern, die sich in diesem Falle eines größeren Zuspruchs von Seiten der "freien Berufe" erfreuten, abgelehnt.

Bereits der arbeitgemeinschaftliche, auf die Erordnung von Missständen in der Arbeiterschaft ausgerichtete Wirtschaftsrat hat also zur Bilanzvorlegung Beschlüsse gefaßt, die nicht einmal die rechtsjuristische, nicht einmal die christliche Gewerkschaftsbürokratie befriedigen. Daran ist zu erkennen, was das Betriebsbilanzgesetz für die Arbeiter und ihre Betriebsräte bedeuten wird; seinen Vorgänger, dem Betriebsrätegesetz entsprechend, soll es unter dem Schutze von Rechten für die Betriebsräte ihre tatsächliche Verantwortung zur Ohnmacht verankern.

Aus der Partei.

Hilfskräfte gesucht!

Auf weitere Aufforderung betreffend Hilfskräfte für unsere Parteiunternehmungen haben sich erfreulicherweise eine große Anzahl Genossen gemeldet.

